



Dachverband und Förderverein für Ökolandbau Thüringen

Wahlprüfsteine für die Thüringer Landtagswahl 2024

Themenfeld: Perspektive und Weiterentwicklung des Ökologischen Landbaus in Thüringen	2
Themenfeld: Aufbau ökologischer Wertschöpfungsketten.....	9
Themenfeld: Umbau der Tierhaltung	15
Themenfeld: Nachhaltige Transformation der Gemeinschaftsgastronomie	19
Themenfeld: Agrarstrukturgesetz, BVVG-Flächen, Zugang zu Land.....	23
Agrarstrukturgesetz	23
Zuschlagskriterien für die Verpachtung von BVVG-Flächen.....	27
Themenfeld: Bürokratieabbau	29
Themenfeld: neue Gentechniken.....	32

Keine Antworten gab es von FDP und BSW

Die CDU, die AFD und die Linke haben jeweils zusammengefasst auf die einzelnen Themenkomplexe geantwortet. Ihre Antworten finden Sie am Ende der einzelnen Themenkomplexe.



Themenfeld: Perspektive und Weiterentwicklung des Ökologischen Landbaus in Thüringen

In Thüringen werden derzeit 8,1 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen ökologisch bewirtschaftet. Damit ist Thüringen im Bundesdurchschnitt an viertletzter Stelle¹. Die *Farm-to-Fork*-Strategie der EU² plant einen Öko-Flächenanteil von 25 % bis 2030. Der Bund hat sich mit der *Bio-Strategie 2030*³ mit 30 % ein noch höheres Ziel gesetzt. Die Thüringer Landesregierung möchte nach ihrem *Positionspapier zur Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus in Thüringen*⁴ dieses Ziel durch ein ausgewogenes marktangepasstes und umweltkonformes Wachstum erreichen. Schwerpunkte dabei sind:

1. Attraktive Qualifizierungsangebote und Wissenstransfer zum ökologischen Landbau
2. Investitionen und Innovationen für eine moderne und wettbewerbsfähige ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft
3. Leistungen des ökologischen Landbaus für Umwelt, Klima und Tierwohl
4. Auf- und Ausbau regionaler Öko-Wertschöpfungsketten, Mehr regionale Öko-Lebensmittel in der Gemeinschaftsversorgung.

Frage 1: Wie unterstützen Sie die Strategie, dass der Ökolandbau in Thüringen weiter gefestigt bzw. weiter ausgebaut wird?

SPD

Die SPD Thüringen setzt sich aktiv für die Förderung des Ökolandbaus ein. Unser Ziel ist es, den Anteil des ökologischen Landbaus in Thüringen zu erhöhen, zunächst auf 10 Prozent und danach auf das bundesdeutsche Ziel von 30 Prozent. Wir werden hierfür ausreichende finanzielle Mittel bereitstellen und die praxisnahe Aus- und Weiterbildung sowie die Existenzgründung im Bereich der ökologischen Landwirtschaft unterstützen.

Grüne

Öko-Landbau schont den Boden, bietet bessere Haltungsbedingungen für Tiere und reduziert den Schadstoffeintrag in Boden und Gewässer. Er schont Ressourcen, minimiert unseren ökologischen Fußabdruck und schützt die Biodiversität in hohem Maße. Unser Ziel ist es, den Öko-Landbau in Thüringen noch stärker zu etablieren. Aktuell befindet sich der ökologische Landbau in Thüringen im Aufwind.

Dies ist eine wichtige Entwicklung, für die wir in Thüringen jedoch noch deutliches Ausbaupotenzial sehen. Denn für uns ist die Stärkung des ökologischen Landbaus eine essenzielle Antwort auf die aktuellen Herausforderungen in der Landwirtschaft.

Daher stehen wir vollumfänglich hinter dem Positionspapier der Thüringer Landesregierung zur Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus in Thüringen. Wir wünschen uns

¹ <https://www.oekolandbau.de/landwirtschaft/biomarkt/oeko-flaeche-und-oeko-betriebe-in-deutschland/>

² https://food.ec.europa.eu/horizontal-topics/farm-fork-strategy_en?prefLang=de&etrans=de

³ <https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/oekologischer-landbau/bio-strategie-2030.html>

⁴ [https://infrastruktur-](https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/05_Medieninformationen_Anlagen/2023/2023_05_30_RMK_Oekolandbau/Positionspapier_zur_Weiterentwicklung_des_OELB_in_TH.pdf)

[landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/05_Medieninformationen_Anlagen/2023/2023_05_30_RMK_Oekolandbau/Positionspapier_zur_Weiterentwicklung_des_OELB_in_TH.pdf](https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/05_Medieninformationen_Anlagen/2023/2023_05_30_RMK_Oekolandbau/Positionspapier_zur_Weiterentwicklung_des_OELB_in_TH.pdf)



allerdings noch deutlich mehr Engagement der Landesregierung und vor allem des Landwirtschaftsministeriums, um den Ökolandbau in Thüringen voranzubringen. Die aktuellen Bemühungen reichen nicht aus, um die Ausbauziele zu erreichen. Es benötigt noch mehr Beratung, um umstellungswillige Betriebe zu überzeugen. Denn oft stehen die Risiken einer Umstellung im Vordergrund und nicht die Potenziale.

Frage 2: In welcher Form soll das Positionspapier zur Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus in Thüringen auch in der kommenden Legislaturperiode fortgeführt werden?

SPD

Das Positionspapier zur Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus wird auch in der kommenden Legislaturperiode fortgeführt und weiterentwickelt. Wir planen, Maßnahmen aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds ELER zu nutzen, um den ökologischen Landbau zu fördern und neue nachhaltige Bewirtschaftungspraktiken zu etablieren.

Grüne

Wir sehen ein großes Ausbaupotential des Thüringer Öko-Landbaus und wollen ermöglichen, dass der Ökoflächenanteil bis 2030 auf 25 Prozent Anbaufläche in Thüringen steigt. Dementsprechend werden wir die aktuelle Entwicklung evaluieren und unsere Maßnahmen auf die aktuelle Situation anpassen, denn bloße Zahlen bringen noch keine neuen Betriebe.

Um den Ausbau zu beschleunigen, müssen noch mehr Vermarktungs- und Absatzwege geschaffen werden. Denn regional gesicherte Vermarktungs- und Verarbeitungswege sorgen für Vertrauen. Hier sehen wir die Erhöhung des Anteils ökologisch hergestellter Produkte bei der Außer-Haus-Verpflegung als Schwerpunkt. Zudem sollte die Beratung für umstellungsbereite Landwirt*innen gestärkt und die Umstellungsförderung erhöht werden. Auch Neugründungen im Bio-Bereich sollten besser gefördert werden. Fest dazu gehört außerdem die Werbung für die Potenziale der Ökobetriebe und ein besseres Regionalmarketing.



Frage 3: Wie soll die Arbeit des Praxiszentrum ökologischer Landbau weitergeführt und gestärkt werden?

SPD

Das Praxiszentrum ökologischer Landbau wird weiterhin eine zentrale Rolle in unserer Strategie spielen. Wir beabsichtigen, die landwirtschaftlichen Lehr- und Versuchsanstalten zu stärken und auszubauen, um innovative Ansätze und Erprobungen in der ökologischen Landwirtschaft voranzutreiben.

Grüne

Als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis sollte das Praxiszentrum ökologischer Landbau unterstützt und erhalten werden. Die Stärkung des Zentrums sehen wir einerseits in der für die jeweiligen Versuche bzw. Fragestellungen ausreichenden personellen Besetzung des Zentrums. Andererseits aber auch in einer stärkeren Vernetzung sowie eines größeren Versuchsaufbaus im Praxiszentrum. Wichtig ist auch das Versuchsgut in Butteltstädt um Themen des ökologischen Landbaus zu erweitern.

Frage 4: Wie werden Sie die Durchführung der bundesweit einzigartigen Fortbildungskurse zum/zur „Geprüfte/n Berufsspezialist/in für ökologischen Landbau“ und „Fachagrarwirt/in für ökologischen Landbau“ unterstützen und fördern?

SPD

Die SPD Thüringen wird die Fortbildungskurse zum/zur „Geprüfte/n Berufsspezialist/in für Ökologischen Landbau“ und „Fachagrarwirt/in für ökologischen Landbau“ aktiv unterstützen. Wir werden die praxisnahe Aus- und Weiterbildung in der ökologischen Landwirtschaft fördern und sicherstellen, dass ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Grüne

Tatsächlich findet der Fortbildungskurs bundesweit sehr viel Beachtung und wird von vielen Menschen wahrgenommen. Allerdings weigerte sich der Freistaat bis jetzt finanzielle Mittel bereitzustellen, da es ein bundesweit angelegtes Projekt ist. Das Projekt hat aber unsere volle Unterstützung und wir setzen uns neben einer möglichen finanziellen Bezuschussung dafür ein, dass es vielleicht sogar Teil der landwirtschaftlichen Ausbildung in Thüringen bzw. der Bundesrepublik wird. Denn wir sehen neben den wichtigen inhaltlichen Schwerpunkten auch viele weitere Vorteile, wie die Vernetzung der Teilnehmenden und die Übermittlung vielfältiger und oft neuer Informationen über die Öko-Branche. Themen des ökologischen Landbaus müssen aber auch in der allgemeinen beruflichen Ausbildung zukünftig gleichwertig als weitere Anbaumethode gesetzt werden.

Frage 5: Wie sollen weitere flankierende Maßnahmen aussehen?

SPD

Zusätzliche Maßnahmen umfassen die Förderung von regionalen Wirtschaftskreisläufen, die Unterstützung von innovativen landwirtschaftlichen Technologien (Smart Farming) und die Sicherstellung fairer Preise für Erzeuger. Wir werden auch die Bejagung von Schwarzwild fortsetzen, um die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest zu verhindern.

Grüne

Wir wollen dem ökologischen Landbau in Aus- und Weiterbildung und Beratung einen höheren Stellenwert verleihen. Daher wollen wir Themen der ökologischen Landwirtschaft auch in der Ausbildung von Landwirt*innen, Tierwirt*innen und Gärtner*innen sowie an den Hochschulen ausbauen. Dies soll auch durch das Angebot des landeseigenen Lehr-, Prüf- und Versuchsguts Butteltstätt erfolgen, was wir um einen zusätzlichen Fokus auf ökologischen Landbau erweitern wollen. Menschen, die in Thüringen eine Ausbildung oder ein Studium in den „grünen Berufen“ absolvieren, sollen zukünftig ökologische Betriebsweisen nicht mehr nur als Sparte am Rande der wirtschaftlichen Produktion, sondern als gleichwertige Alternative, bereits in der Ausbildung kennenlernen. Die Umstellberatung für traditionell wirtschaftende Betriebe wollen wir ausbauen und die Flächenprämie für umstellende Ökobetriebe ausweiten.

Frage 6: Welche Strategie verfolgen Sie zur Förderung ökologisch wirtschaftender Betriebe?

SPD

Wir streben eine Landwirtschaft an, die faire Preise für Erzeuger, Handel und Verbraucher ermöglicht. Dazu wollen wir die Position der Erzeuger gegenüber dem Lebensmittelhandel stärken und realistische Erzeugerpreise sicherstellen. Die Förderung ökologisch wirtschaftender Betriebe wird durch gezielte Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen unterstützt.

Grüne

Bei öffentlichen Ausschreibungen sollen gemeinwohlorientierte und bestenfalls ökologisch wirtschaftende Betriebe bevorzugt berücksichtigt werden. Außerdem setzen wir auf eine stärkere Förderung der Vermarktung und Verarbeitung von Thüringer Bio-Spezialitäten. Weiterhin setzen wir uns auch aus Thüringer Perspektive für ein Umdenken in der GAP ein. Hier müssen Betriebe, die viel für Umwelt und Natur tun, dies auch zukünftig stärker gefördert bekommen. Auch bleibt es uns ein Anliegen, die Strukturen für Erzeuger*innen zu verbessern. Dabei setzen wir auch auf genossenschaftliche Lösungen, die mehrere Betriebe profitieren lassen.



Thüringer
ökoherz

Dachverband und Förderverein für Ökolandbau Thüringen

Frage 7: Werden Sie ökologisch wirtschaftende Betriebe weiterhin mit einer Agrarförderung unterstützen?

SPD

Ja, ökologisch wirtschaftende Betriebe werden weiterhin durch Agrarförderungen unterstützt. Die SPD Thüringen wird die Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) so ausrichten, dass der Anteil des ökologischen Landbaus erweitert wird.

Grüne

Ja. Die „ÖkoInvest“-Förderung für ökologisch (zertifizierte) wirtschaftende Betriebe wollen wir ausbauen. Die Agrarförderung wollen wir so umstellen, dass eine klima- und umweltfreundliche Landwirtschaft besser gefördert wird. Das umfasst Maßnahmen wie Humusaufbau, weniger Pestizide und Dünger genauso wie umfassende Artenschutzmaßnahmen. Davon profitieren auch Biobetriebe.

Weiterhin gibt es die Öko-Programme des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP 2022) sowohl für den Ackerbau als auch für die Grünlandbewirtschaftung, was wir unterstützen. Weitere Förderungen erhalten ökologisch wirtschaftende Betriebe über die Einhaltung verschiedener Öko-Regelungen von der EU. Zinsvergünstigte Kredite oder nicht-rückzahlbare Zuschüsse gibt es auch von der Landwirtschaftlichen Rentenbank für den Erwerb umweltschonender Landtechnik.

Frage 8: Werden Sie die Bio-Strategie 2030 des Bundes aufgreifen und unterstützen?

SPD

Ja, die SPD Thüringen wird die Bio-Strategie 2030 des Bundes aufgreifen und unterstützen. Wir setzen uns für eine nachhaltige Landwirtschaft ein, die den ökologischen Landbau stärkt und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schont.

Grüne

Nach der Bio-Strategie, soll unter anderem bis zum Jahr 2030 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland ökologisch bewirtschaftet werden. Wir unterstützen diese Strategie und werden diese weiterhin aufgreifen. Dennoch ist uns bewusst, dass besonders auch in unserem Bundesland die Aufgaben noch groß sind.

Frage 9: Wie werden Sie den Thüringer Ökoherz e.V. bei seiner Arbeit zur Weiterentwicklung des Ökologischen Landbaus in Thüringen unterstützen?

SPD

Der Thüringer Ökoherz e.V. wird von uns umfassend unterstützt. Wir werden die Zusammenarbeit intensivieren und sicherstellen, dass der Verein ausreichende finanzielle Mittel und Ressourcen erhält, um seine wichtigen Aufgaben zur Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus in Thüringen erfolgreich zu erfüllen.



Grüne

Wir haben uns bereits in den Haushaltsverhandlungen 2024 für die finanzielle Unterstützung vom Thüringer Ökoherz eingesetzt. Dies wollen wir fortsetzen und die institutionelle Förderung fortführen. Zudem sollen Messevorbereitungen bei denen das Thüringer Ökoherz beteiligt ist und ihre Arbeit beim Ausbau des Anteils ökologisch hergestellter Produkte (Workshops etc.) weiter unterstützt werden. Auch weitere Projekte unter dem Dach von Ökoherz begrüßen wir sehr, denn das Thüringer Ökoherz ist für uns ein wichtiger Partner im Einsatz für mehr regionales Bio und eine zukunftsfähigere Landwirtschaft.

Zum Themenkomplex zusammengefasste Antworten:

CDU

Wir stehen für eine starke und breit aufgestellte Landwirtschaft, in der konventionelle wie ökologische Landwirtschaft, große Mehrfamilienbetriebe wie kleinere Einzelbetriebe, Pflanzenproduktion wie Nutztierhaltung ihren Platz haben. Unsere Land- und Ernährungswirtschaft ist die Lebensgrundlage der Menschen und prägt unsere Heimat landschaftlich. Sie ist mit ihren Produkten ein Aushängeschild Thüringens. Ziel unserer Politik ist eine Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel erzeugt, umweltfreundlich wirtschaftet und eine artgerechte Tierhaltung garantiert.

Unsere Landwirte leisten einen unschätzbaren Beitrag zum Klimaschutz, zum Erhalt der Natur und zur Biodiversität. Wir setzen uns dafür ein, dass in der Öffentlichkeit ein wirklichkeitsnahes Bild landwirtschaftlicher Arbeit und ihrer Produkte vermittelt wird. Wir wollen das Bewusstsein der Menschen hierfür schärfen. Die Rolle, die der Thüringer Ökoherz e.V. dabei spielt, schätzen wir wert und werden ihn dabei unterstützen.

AFD

Grundsätzlich stehen auch wir für weitere Agrarförderungen, da die im globalen Wettbewerb stehende und regional noch stärker zu unterstützende Landwirtschaft ohne diese Art der Hilfe nicht auskommt. Mit dem Kompetenzzentrum bzw. dem Lehr-, Prüf- und Versuchsgut ist von Landesseite aus unserer Sicht ein Instrument vorhanden, das Projekte initiiert, die dann etabliert werden können. Von daher sehen wir keine Reduzierung oder Einschränkung des Kompetenzzentrums bzw. Praxiszentrums vor. Vielmehr muss dieses stetig im Haushalt finanziell unterlegt sein. Dies wiederum kann zur Verfestigung und zum Ausbau des ökologischen Landbaus dienen. Ein weiteres Instrument, wenngleich theoretischer, ist das Positionspapier zum ökologischen Landbau. Dessen Forderungen zur Ausbildung unterstützen wir vollumfänglich (dies gilt natürlich auch für Berufsspezialisten oder Fachagrarwirte), sehen aber einen erweiterten Praxisbedarf und eine Zusammenarbeit mit anderen Ministerien, beispielsweise bei Schulpraktika in den grünen Berufen. Mehr Praxisbezug sehen wir auch beim tierwohlgerechteren Stallumbau, der finanziell vom Land untersetzt sein muss, und zwar auf klaren Vorgaben oder Handlungsempfehlungen. Die Bundesstrategie 2030 sehen wir aus dem folgenden Grund kritisch: die in der Strategie erklärte Beendigung von Hürden bei Produktion und Absatz der Produkte des ökologischen Landbaus erfordert mehr als die finanzielle Attraktivierung. Legt man beispielsweise den Energiepreis als eine Produktionshürde fest, dann ist eine Energiepolitik zu verfolgen, die die Preise senkt, was aus unserer Sicht mit der derzeitigen Transformation des



Thüringer
ökoherz

Dachverband und Förderverein für Ökolandbau Thüringen

Energiesektors nicht geschieht, sondern vielmehr die Preise weiter nach oben treibt. Bei der Beendigung von Absatzhindernissen spielt die finanzielle Situation der Verbraucher eine Rolle, womit das Thema Steuerlast tangiert wird. Hier sind wesentlich grundsätzlichere Entscheidungen nötig als das Bekenntnis zum ökologischen Landbau. Der Zusammenarbeit mit Ökoherz e.V. stehen wir offen gegenüber.

Die Linke

Wir wollen den Ökolandbau ausbauen und orientieren uns dabei unter anderem an Farm-to-Fork- und der Bio-Strategie 2030. Wir unterstützen das Positionspapier der Thüringer Landesregierung und setzen uns für die Erreichung der dort gesteckten Ziele und einen Zuwachs an ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen ein.

Da die ökologische Transformation des Pflanzenbaus und der Tierhaltung durch die Marktteilnehmer:innen nicht bezahlt wird und auch die staatliche Förderung noch nicht ausreichend ist, sehen wir hier Handlungspotential. Daher setzt sich Die Linke für gerechte Erzeugerpreise und für eine bessere Marktstellung der Bäuerinnen und Bauern ein. Wir setzen uns mit unserem Agrarkonzept schon lange dafür ein, dass sowohl ökologische Leistungen wie auch die Arbeitsplatzsicherung im ländlichen Raum durch die landwirtschaftlichen Betriebe honoriert werden. Damit würde eine Landwirtschaft gefördert, die umweltverträglich wäre, den Klimaschutz stärken könnte, versicherungspflichtige, existenzsichernde Arbeitsplätze auf dem Land erhalten würde und damit sowohl ökologisch, ökonomisch und sozial tragfähig wäre.

Bei den genannten Fortbildungsangeboten handelt es sich um ein schützenswertes Angebot, welches wir auch zukünftig unterstützen werden. Mit dem TLPVG als Verbindung zwischen Bildung und angewandter Forschung ist eine wichtige Anlaufstelle vorhanden, deren geplante Fortentwicklung wir unterstützen. Das Praxiszentrum ökologischer Landbau im TLPVG soll auf- und ausgebaut sowie Öko-Modell-Regionen in Thüringen etabliert werden.

Mit den Empfehlungen der „Borchert Kommission“ sowie der Zukunftskommission Landwirtschaft liegen seit langem konkrete Konzepte vor, wie die notwendige Ökonomisierung des Pflanzenbaus und der Umbau der Tierhaltung so gelingen kann, dass er mit wirtschaftlichen Perspektiven für den landwirtschaftlichen Berufsstand verbunden ist. Wir fordern weiter die Maßnahmen der Agrarpolitik an diesen Empfehlungen auszurichten.

Wir brauchen mehr Beteiligung der Akteure und einen breiten Dialog über die Frage, wie die Landwirtschaft der Zukunft aussehen, sich entwickeln und unterstützt werden soll. Die Linke Thüringen wird dafür sorgen, dass Agrarpolitik wieder sachgerecht, planbar und verlässlich gestaltet wird. Wir unterstützen die Initiative von Umwelt- und Landwirtschaftsverbänden für einen gemeinsamen Dialog zur Zukunft der Thüringer Landwirtschaft und möchten zu diesem auch in der nächsten Legislatur einladen.



Themenfeld: Aufbau ökologischer Wertschöpfungsketten

Um die ökologische (und auch konventionelle) Landwirtschaft Thüringens zu stärken, bedarf es insbesondere der Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten. Im *Positionspapier zur Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus in Thüringen* wird der Aufbau dieser Ketten als einer der zentralen Bausteine für die Weiterentwicklung des Ökologischen Landbaus in Thüringen gesehen. Außerdem gibt es mit dem Konzept *Regionale Wertschöpfungsketten in der Land- und Ernährungswirtschaft in Thüringen*⁵ eine Strategie, wie dies erfolgen kann. Im Koalitionsvertrag der aktuellen Thüringer Landesregierung ist sich zum Ziel gesetzt worden, die Anstrengungen zur Umsetzung des Konzeptes zu erhöhen.

U.a. gibt es zur Förderung des Aufbaus ökologischer Wertschöpfungsketten die *Innovationsförderung und Zusammenarbeitsförderung in der Land-, Forst-, und Ernährungswirtschaft (LFE 2023)* sowie die *Investitionsförderung Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (IVV 2023)*.

Frage 10: Werden Sie sich dafür einsetzen, diese Förderrichtlinien zu stärken?

SPD

Ja, die SPD Thüringen wird sich dafür einsetzen, die Förderrichtlinien zu stärken. Wir planen, die Agrarförderung so auszurichten, dass umweltschonende Landwirtschaft im Wettbewerb bestehen kann. Dies schließt auch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Neugründung und den Erhalt von Ökolandbau ein.

Grüne

Ja. Wir werden uns dafür einsetzen die Förderrichtlinien mit dem nötigen Leben zu füllen, was wir brauchen, um eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu erreichen. Denn regionale Lebensmittel aus Thüringen schmecken und schützen die Umwelt. Mit der Erzeugung und Vermarktung in der Region sparen wir uns weite Anfahrtswege und vermeiden im gleichen Moment unnötige Emissionen.

Wir wollen daher die regionale Wertschöpfung erhöhen und gezielt fördern. Dafür braucht es auch ein stärkeres Regionalmarketing für gute Erzeuger*innenpreise. Unser Ziel ist mehr Bio sowie regionale Lebensmittel in Mensen, Schulen, Pflegeheimen und der Außerhausverpflegung. Bei der Verarbeitung und der entsprechenden Umstellung der Verarbeitungsprozesse wollen wir Großküchen und Schulen deutlich unterstützen. Das ist nicht nur gesund, sondern hilft am Ende auch unseren heimischen Landwirt*innen.

Wir stehen für mehr Engagement, um regionale Wertschöpfungsketten aktiv aufzubauen, eine bessere Förderung für Agrarunternehmen zur Vor- und Weiterverarbeitung ihrer Produkte einzurichten sowie den Aufbau von Verteil- und Logistiksystemen unterstützen.

⁵ https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/z_th9/tmblv/bilder2018/wert/regionalkonzept_letztefassung.pdf

Frage 11: Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass mehr mittelständische Verarbeitungsunternehmen in die Herstellung ökologischer Lebensmittel einsteigen?

SPD

Die SPD Thüringen wird mittelständische Verarbeitungsunternehmen durch gezielte Förderprogramme und Beratungsangebote unterstützen, um den Einstieg in die Herstellung ökologischer Lebensmittel zu erleichtern. Dies umfasst auch die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und gemeinsamer Infrastrukturen für Verarbeitung, Lagerung und Vertrieb.

Grüne

Viele Menschen möchten gern regionale Produkte kaufen – dafür braucht es jedoch auch das entsprechende Angebot. Regionale Produkte und Produzent*innen wollen wir deutlich stärken. Wir wollen, dass regionale Produkte im Laden besser erkannt werden und setzen uns deshalb für die Wiedereinführung eines stärkeren Qualitätssiegels für Thüringer Produkte ein.

Außerdem brauchen wir einen gezielten Aufbau von Strukturen zur Vor- und Weiterverarbeitung von heimischen Bioprodukten mit einem eigenen Maßnahmenkatalog und dem Verständnis auch als Wirtschaftsförderung. In diesem Zusammenhang kann auch die Bündelung von Kapazitäten mit anderen Bundesländern erfolgsversprechend sein. Hier setzen wir uns für aktive Verhandlungen ein.

Auch über ein stärkeres Agrarmarketing und Direktvermarktung können ökologische Lebensmittel den Verbraucher*innen nähergebracht werden. Dafür wollen wir eine Agentur für Regionalmarketing etablieren.

Frage 12: Wie stehen Sie zu der von der Branche geforderten Schaffung einer staatlich geförderten Koordinationsstelle/ eines Wertschöpfungskettenkoordinationsbüros, für den Auf- und Ausbau von regionalen Öko-Wertschöpfungsketten?

SPD

Die SPD Thüringen unterstützt die Idee einer staatlich geförderten Koordinationsstelle für den Aufbau regionaler Öko-Wertschöpfungsketten. Eine solche Stelle könnte die Vernetzung, Beratung, Coaching und Qualifizierung von Landwirt und Verarbeitern koordinieren und stärken.

Grüne

Es braucht deutlich mehr aktives Engagement, um über Vernetzung und Vermittlung regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen. Das Regionalmarketing wollen wir durch die Gründung einer Regionalmarketing-Agentur unterstützen. Auch der Forderung nach einer Koordinationsstelle stehen wir positiv gegenüber. Wichtig sind aber auch die haushälterischen Voraussetzungen und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Da das Thüringer Ökoherz bereits in ähnlicher Form agiert, sollten sie auch vom Ministerium entsprechend eingebunden werden.

Frage 13: Werden Sie den Umstieg der Logistik von der Straße auf die Schiene fördern/unterstützen/initiieren?

SPD

Ja, die SPD Thüringen wird den Umstieg der Logistik von der Straße auf die Schiene fördern. Wir setzen uns dafür ein, den Schienengüterverkehr auszubauen und zu modernisieren. Dies umfasst Investitionen in die Erneuerung und Digitalisierung von Loks und Waggons sowie die Verringerung der Kostennachteile der Schiene gegenüber der Straße.

Grüne

Ja. Unsere klare Priorität ist nämlich: Güter gehören auf die Schiene – denn dort sind sie effizienter und klimafreundlicher unterwegs. Um den Anteil des Güterverkehrs auf der Schiene deutlich zu erhöhen, benötigt es jedoch mehr gemeinsame Anstrengungen. Schienenanschlüsse sollen für die Industrie- und Gewerbegebiete zum neuen Standard werden. Daher werden wir die begonnenen Ansätze fortführen und verstetigen.

Konkret fordern wir hier:

- Schaffen einer ständigen Task Force „Güter auf die Schiene“ mit Vertreter*innen der Eisenbahnverkehrs- und Eisenbahninfrastrukturunternehmen, der verladenden Wirtschaft, der IHK und der Landesregierung
- Fortführung und Verstetigung der Ansätze des „Masterplans Eisenbahninfrastruktur Thüringen“, um Verlagerungspotentiale im Land zu ermitteln sowie die Akteur*innen von Güterbahnen, Unternehmen und Logistikern zusammenzubringen
- Nahbereichslogistik klimafreundlicher machen, unter anderem durch die Unterstützung der Kommunen bei der Errichtung von Verteilstationen und Förderung zum Beispiel von Auslieferung mittels E-Lastenräder
- Beauftragung einer Potenzialstudie zur landesweiten Ermittlung verlagerungsfähiger Verkehre und dafür notwendiger Infrastruktur, wie zum Beispiel Standorte für weitere Terminals des kombinierten Verkehrs oder Railports („Güterbahnhof 2.0“)
- Schienenanschluss für Industrie- und Gewerbegebiete als neuen Standard
- Förderung der Reaktivierung und des Neubaus von Terminals des kombinierten Verkehrs als Ergänzung zu den bestehenden Förderinstrumenten des Bundes
- Nachträglichen Anschluss der Gewerbegebiete in Thüringen an das Schienennetz prüfen

Frage 14: Wie unterstützen Sie, durch Vereinfachung der Vorgaben und Vorschriften, die bereits bestehenden Verarbeitungsbetriebe dabei, eine Bio-Verarbeitung aufzubauen?

SPD

Die SPD Thüringen plant, die Vorgaben und Vorschriften für bestehende Verarbeitungsbetriebe zu vereinfachen, um den Aufbau einer Bio-Verarbeitung zu unterstützen. Dies wird durch eine kritische Prüfung und Standardisierung der Förderprogramme sowie durch die Entbürokratisierung des Zuwendungsrechtes erreicht, um effizientere Investitionen zu ermöglichen.



Grüne

Eine Bio-Verarbeitung parallel zur normalen Verarbeitung aufzubauen, ist oftmals mit einem großen Aufwand (Reinigung der Anlagen oder Aufbau einer separaten Verarbeitungsschiene) verbunden. Wichtig ist die finanzielle Unterstützung solcher Vorhaben, wofür Förderungen evaluiert und ggf. überarbeitet werden müssen. Es macht Sinn gezielte Anreize zum Aufbau von Bio-Verarbeitungskapazitäten zu schaffen, da aktuell Verarbeitungsstrukturen in Thüringen rar sind. Hierfür sollten Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden (siehe Investitionsförderung Verarbeitung und Vermarktung der Thüringer Aufbaubank).

Frage 15: Inwiefern planen Sie bei der Neuausrichtung des Thüringer Agrarmarketings Personalstellen zur Stärkung des Ökolandbaus zu schaffen?

SPD

Bei der Neuausrichtung des Thüringer Agrarmarketings plant die SPD Thüringen, gezielt Personalstellen zur Stärkung des Ökolandbaus zu schaffen. Diese Stellen sollen die Weiterentwicklung und Förderung des ökologischen Landbaus in Thüringen aktiv unterstützen und begleiten.

Grüne

Wie bereits in Frage 12) beschrieben, setzen wir uns für die Gründung einer Regionalmarketing-Agentur ein. Hier muss die Stärkung des Ökolandbaus originärer Bestandteil sein und natürlich wird für diese Agentur auch zusätzliches Personal benötigt. Es sollte dabei an erfolgreiche Arbeit, wie zum Beispiel in Sachsen-Anhalt angeknüpft werden. Ziel sollte es sein, dass Verbraucher*innen stärker auf Qualität aus Thüringen zurückgreifen - und das am besten in Bio.

Zum Themenkomplex zusammengefasste Antworten:

CDU

Unser Ziel ist es, ein leistungsfähiges, praxisorientiertes und modernes Agrarmarketing zu etablieren, das ökologisch und konventionell erzeugte Produkte gleichermaßen berücksichtigt. Dazu halten wir es für notwendig, in der kommenden Legislatur die derzeitige Struktur und Aufgabenzuordnung im Bereich des Agrarmarketings und der Förderung der Direktvermarktung grundsätzlich neu zu ordnen.

Hierzu wollen wir konzeptionelle Überlegungen erarbeiten, die die Aufgaben der Agrarverwaltung definieren und Optionen aufzeigen, welche Aufgaben durch fortzuentwickelnde bestehende bzw. neu zu errichtende externe Organisationsstrukturen wahrgenommen werden können. Wir sind der Auffassung, dass dabei einerseits der Vernetzungsstelle besondere Bedeutung zukommt als auch andererseits die beispielgebenden Vorteile der Agrarmarketinggesellschaft (AMG) Sachsen-Anhalt in die Überlegungen einfließen sollten.

Die vorstehenden Ziele sind auf Initiative der CDU Thüringen gleichzeitig Beschlusslage des Agrarausschusses des Landtages.



Thüringer
ökoherz

Dachverband und Förderverein für Ökolandbau Thüringen

AFD

Der Aufbau und die Etablierung der Wertschöpfungsketten spielen nicht nur eine entscheidende Rolle, sondern stellt eine große Herausforderung dar. Wir möchten dies an einem Beispiel verdeutlichen. Der Vertrieb von Produkten der Marke Weidewonne wird vom Land unterstützt, gleichzeitig sind unserer Ansicht nach noch zu wenige „Produzenten“ angeschlossen. Hier wird eine Informations- oder Kommunikationslücke deutlich, die unter anderem durch regionale Wertschöpfungskettenmanager mit Leben erfüllt werden kann. Diese Manager sind über das Land so zu verteilen, dass sie rationale Größen (im Sinne der zu betreuenden Regionen) abdecken können. Um diese Produkte in das Bewusstsein der Verbraucher oder Abnehmer zu bringen, sind unserer Ansicht nach bessere Vermarktungsstrukturen seitens des Landes zu schaffen, die übersichtlich und greifbar sind. Die Beibehaltung von Förderrichtlinien ist ebenso logisch. Grundsätzlicher wird es dann, wenn es darum geht, die bestehende Landwirtschaft zu halten, um dann deren Produkte auf diese Art verkaufen zu können. Hier sehen wir leider die Gefahr, dass die hohen Energiepreise, die sich auf sämtliche Produktionslinien und Lieferketten niederschlagen, die bürokratischen Auflagen, eine ineffektive Ausschüttung von Geldern durch die EU, Gefahren für die Tierhaltung wie eine unzureichende Finanzierung des Tierwohls, der Weidetierhaltung und durch Raubtiere, die Landwirtschaft weiter beeinträchtigen. Die Wiederansiedlung von Schlachtstätten ist bisher nicht gelungen, was die Zahl der Tiertransporte erhöht. Dazu kommt die finanzielle Situation der Verbraucher, die durch die Abgabenlast nicht dazu animiert werden, Produkte aus regionalen Wertschöpfungsketten, ob ökologisch oder konventionell, zu kaufen. Die Präsenz der Produkte in Hofläden, auf Märkten und in Einkaufsketten sollte durch regionale Manager deswegen verstärkt werden, um eine entsprechende Aufmerksamkeit zu generieren. Dafür ist eine personelle Verstärkung nur folgerichtig, wie übrigens auch beim Thema Naturschutz in den Landesbehörden. Was den Umstieg von der Straße auf die Schiene betrifft, so unterstützen wir die Forderung, müssen aber gleichzeitig konstatieren, dass derzeit das Gegenteil geschieht. Die Ankündigungen der Landesregierung zu Reaktivierungen von Bahnstrecken haben nicht gehalten, was sie versprochen haben. Aus unserer Sicht nicht nur touristisch, sondern auch für den Güterverkehr wichtige Reaktivierungen von Strecken in Südthüringen oder Nordthüringen werden leider aus finanziellen Motiven heraus nicht weiterverfolgt. Das Bahnstreckennetz ist teilweise marode, so dass bisher ausgehändigte Genehmigungen zum Gütertransport nicht mehr erteilt werden. Das muss sich ändern.

Die Linke

Wir sind und bleiben auf eine einheimische Lebensmittelerzeugung angewiesen. Wir setzen auf ökologische und klimaschonende Bewirtschaftung, auf regionale Wertschöpfung durch Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung in der Region und Kooperation aller Anbieter:innen und kurzen Versorgungsketten. Damit die Landwirtschaft ein resilienter Bestandteil der regionalen Wertschöpfung bleibt und die

Ernährungssouveränität mit einer sichereren Perspektive des Sektors gewährleistet werden kann, wollen wir Direktvermarktung unterstützen, um so auch Landwirt:innen vor dem Druck der Handelsketten zu schützen und die Umwelt zu schonen. Weniger Marktdominanz der Lebensmittelketten bedeutet mehr Verhandlungsmacht für Landwirt:innen und damit bessere Löhne für die Beschäftigten in den grünen Berufen.



Thüringer
ökoherz

Dachverband und Förderverein für Ökolandbau Thüringen

Zur Steigerung der Wertschöpfung landwirtschaftlicher Betriebe werden wir bestehende Fördermöglichkeiten stärken und prüfen, welche Möglichkeiten uns die Regelungen zur Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) der Europäischen Union geben, eine gesetzliche Vertragsgestaltung vor Lieferung zwischen der abnehmenden Hand und den Bäuerinnen und Bauern verpflichtend einzuführen.

Wir streben weiter an, die Strecken des Thüringer Personen- und Güterverkehrs zu reaktivieren, zu elektrifizieren und auszubauen. Deshalb haben wir den Masterplan Schiene auf den Weg gebracht und entsprechende Möglichkeiten identifiziert. Zur Umsetzung werden wir uns für zusätzliche Mittel des Bundes genauso stark machen wir für weitere finanzielle Mittel im Land. Wir werden im Dialog mit Unternehmen Potentiale für die Verlagerung von Verkehr von der Straße auf die Schiene nutzen und wo möglich, Förderungen bereitstellen.

Wir wollen, dass die Förderung der Landwirtschaft durch die Europäische Union an neue Kriterien geknüpft wird. Wir sehen die Gemeinwohlprämie als eine Möglichkeit, um die soziale und ökologische Entwicklung der Landwirtschaft zu stärken. Der bürokratische Aufwand muss reduziert werden.

Wir setzen uns für eine Neuausrichtung des Agrarmarketings ein und suchen hier auch die Kooperation mit anderen Bundesländern. Über den Aufbau einer Koordinationsstelle mit dem Schwerpunkt „Wertschöpfung“ und die konkreten Bedarfe nach weiteren Personalstellen sind wir gerne bereit mit Ihnen in den Dialog zu treten.

Themenfeld: Umbau der Tierhaltung

Die Nutztierhaltung steht bundesweit vor großen Herausforderungen. Selbst relevante Akteure des Handels bekennen sich zu der notwendigen Transformation und wollen diese durch die konsequente Einlistung von Frischfleisch sowie Milchprodukten mit der Haltungsstufe 3 & 4 bei ihren Eigenmarken bis 2030 forcieren.

Dort braucht es große Anstrengungen, um Veränderungen in Gang zu bringen. Da das Land Thüringen selbst keine Ställe (um-)bauen kann, muss es die primäre Aufgabe der öffentlichen Hand sein, über die bestehenden Möglichkeiten zu informieren und die politischen Rahmenbedingungen für erwünschte Investitionen zu bereiten.

Thüringen stellt mit der Richtlinie zur *Investitionsförderung landwirtschaftlicher Unternehmen 2023 (ILU 2023)* Fördermittel für einzelbetriebliche Investitionen u.a. für tierwohlgerere Stallumbauten bereit. Zusätzlich bietet Thüringen mit der Förderrichtlinie *T(h)ür Tierwohl* Tierhaltern Unterstützung bei der freiwilligen Einführung oder Beibehaltung besonders tiergerechter Haltungsverfahren.

Frage 16: Mit welcher Strategie und mit welchen Maßnahmen werden Sie den Umbau der Nutztierhaltung flankieren, um in Thüringen eine höhere Selbstversorgung an tierischen Produkten zu erreichen?

SPD

Die SPD Thüringen verfolgt eine Strategie, die sowohl die Verbesserung der Tierhaltungsstandards als auch die Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe umfasst. Wir setzen uns für höhere Tierwohlstandards ein und fördern innovative Lösungen für die Zukunft der Landwirtschaft, wie automatisierte und digitalisierte Verfahrenstechniken. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Förderung von regionalen Wertschöpfungszentren, die Landwirte vernetzen und unterstützen sollen.

Grüne

Schweine, Rinder, Hühner, Schafe und Ziegen: Alle Tiere in der Landwirtschaft verdienen ein artgerechtes Leben. Die Haltungsbedingungen müssen sich an die Bedürfnisse der Tiere anpassen, nicht umgekehrt. Dabei unterstützen wir die Landwirt*innen mit einem Pakt für artgerechte Tierhaltung, der die Maxime in der Landwirtschaft werden soll. Denn tiergerechte Landwirtschaft soll sich für die Landwirt*innen auch lohnen.

In diesem Zusammenhang fordern wir konkret:

- Weiterentwicklung der „Thüringer Tierwohlstrategie“
- „Pakt für artgerechte Tierhaltung“ gemeinsam mit Erzeuger*innen auf den Weg bringen, unter anderem mit mehr Platz und Auslauf, stärkere Versorgung mit regionalen, strukturreichen Futtermitteln und Beschäftigungsmöglichkeiten
- Förderung für Betriebe, die im Sinne einer artgerechten Haltung umbauen, durch ein Stallumbau-Programm
- Förderungen des Landes an Tierschutzkriterien im „Pakt für artgerechte Tierhaltung“ koppeln
- Weitere Förderung für Weidegang von Milchkühen und Mastrindern sowie Stroheinstreu für Mastschweine als weitere Schritte für eine artgerechtere Tierhaltung

- Finanzielle Unterstützung kleiner regionaler oder mobiler beziehungsweise teil-mobiler Schlachtstätten sowie befristete Übernahme der Kosten für die Ökokontrolle, um zusätzliche Bio-Schlachtkapazitäten zu schaffen

Frage 17: Werden Sie den Umbau der Tierhaltung über die Richtlinien ILU 2023 und T(h)ür Tierwohl weiter fördern?

SPD

Ja, die SPD Thüringen wird den Umbau der Tierhaltung über die Richtlinien ILU 2023 und T(h)ür Tierwohl weiter fördern. Unser Ziel ist es, realistische Erzeugerpreise zu ermöglichen und die Position der Erzeuger gegenüber dem Lebensmittelhandel zu stärken. Wir werden uns auch weiterhin für eine verpflichtende Tierwohllabel bei tierischen Produkten einsetzen, um Verbraucher eine Orientierung zu bieten.

Grüne

Ja. Tierschutz muss sich für die Landwirt*innen lohnen. Daher setzen wir uns auch im Bund für auskömmliche Erzeuger*innenpreise ein. Aber auch im Land wollen wir die Förderung für Tierhaltung mit hohen Tierschutzstandards ausweiten - über einen Pakt für artgerechte Tierhaltung. Siehe außerdem unsere Antworten zu Frage 16)

Frage 18: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die ökologische Schweinehaltung mit ihrer obligatorischen Auslauf- oder Freilandhaltung auch im Falle zukünftiger ASP-Vorfälle aufrechterhalten werden kann?

SPD

Ja, die SPD Thüringen wird sich dafür einsetzen, dass die ökologische Schweinehaltung mit Auslauf- oder Freilandhaltung auch bei zukünftigen Vorfällen der Afrikanischen Schweinepest (ASP) aufrechterhalten werden kann. Wir setzen uns für die konsequente Bejagung von Schwarzwild ein, um die Ausbreitung der ASP einzudämmen und damit die ökologischen Betriebe zu schützen.

Grüne

ASP-Ausbrüche sind schwer vorherzusagen. Bei Auftreten von ASP-Fällen sollte aus Seuchenschutzgründen auch schnell gehandelt und vorhandene Hausschweinebestände geschützt werden. Sollte es zum Schutz der Tiere zu einer Einschränkung oben genannter Haltungsbedingungen kommen, sollte dies auch zulässig sein. Allerdings setzen wir uns für die Beibehaltung der hochwertigen Haltungsbedingungen ein. Hier müssen gemeinsam mit Veterinärämtern und Tierhalter*innen Lösungen gefunden werden, die das Tierwohl berücksichtigen. Notwendige bauliche Veränderungen zum Schutz der Tiere sollten finanziell bezuschusst werden.



Thüringer
ökoherz

Dachverband und Förderverein für Ökolandbau Thüringen

Zum Themenkomplex zusammengefasste Antworten:

CDU

Unser Ziel ist es, die flächendeckende tiergebundene Landbewirtschaftung zu sichern. Wir wollen, dass der gesellschaftliche Beitrag unserer Landwirte als Lebensmittelproduzenten, Naturschützer und Landschaftsbewahrer stärker gewürdigt wird. Dazu sind die Agrarumweltmaßnahmen auskömmlich finanziell auszustatten und die Ausgleichszulage im benachteiligten Gebiet fortzuführen. Wir machen uns stark für dezentral organisierte Schlachthöfe mit regionalen Wertschöpfungsketten. Kleine Schlachtbetriebe wollen wir bei den Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung entlasten.

Tierwohl ist für uns ein zentrales Anliegen. Wir unterstützen unsere Thüringer Betriebe bei Investitionen in noch modernere Ställe, Dünge- und Pflanzenschutztechnik oder Digitalisierung. Wir setzen dabei auf Kooperationen statt staatlicher Eingriffe und auf Anreize statt Auflagen. Entscheidend ist, Planungssicherheit für Investitionen zu garantieren. Investitionen, etwa im Stallbau, müssen über den gesamten Abschreibungszeitraum Bestandsschutz haben und dürfen nicht durch neue Regulierungen entwertet werden.

Die die Thüringer Tierwohlförderung insbesondere im Schweinehaltungsbereich wollen wir fortführen und stärken. Der notwendige Umbau der Nutztierhaltung zu mehr Tierwohl erfordert jedoch insbesondere vom Bund, ausreichend Finanzmittel dafür bereitzustellen, um den Landwirten mehr Planungssicherheit bei entsprechenden Investitionen zu geben.

AFD

Der Umbau ist im Sinne des Tierwohls und politisch gewollt. Das heißt aber auch, dass es seitens der Politik klare Umsetzungsvorgaben und eine passende Ausfinanzierung geben muss. Beides sehen wir nicht gegeben. Die Borchert-Kommission hat sogar ihre Arbeit eingestellt.

Bei der Prophylaxe zur oder Bekämpfung der ASP wird schnell und regional zu entscheiden sein. Dabei spielen auch das Vorhandensein ausreichender Kadaversuchhunde, die personelle Ausstattung der zuständigen Ämter auf Lokalebene und die vom Land grundsätzlich eingestellten Mittel eine Rolle. Wünschenswert wäre, dass die Auslauf- oder Freilandhaltung aufrechterhalten werden kann, im Sinne des Gesundheitsschutzes wird dies bei einem Ausbruch aber kaum haltbar sein, so ehrlich wollen wir diese Frage beantworten.

Die Linke

Wir wollen artgerechte Tierhaltung stärken und einen sozial verträglichen Umbau zu mehr Tierwohl und Umweltschutz fördern. Um die wirtschaftliche Zukunft der tierhaltenden Betriebe in Thüringen zu sichern und Lebensmittel weiterhin lokal und in hoher Qualität produzieren zu können, werden wir den Umbau von Stallanlagen weiterhin fördern, damit diese den erhöhten Anforderungen an eine tiergerechte Haltung entsprechen. So soll die Haltung in Kastenständen und auf Vollspaltenböden nach und nach durch artgerechte Anlagen ersetzt werden. Wir unterstützen die flächengebundene Tierhaltung, die die Zahl der Tiere an der Naturverträglichkeit bemisst und damit betriebliche Kreisläufe stärkt.

Statt zentralisierter und privater Groß-Schlachthöfe mit langen Transportwegen, höherem Aufwand und oft schlechten Arbeitsbedingungen unterstützen wir dezentrale



Thüringer
ökoherz

Dachverband und Förderverein für Ökolandbau Thüringen

Schlachtstätten und führen unsere Bemühungen zur Einrichtung regionaler und kommunaler Schlachthöfe fort.

Wir fordern die Umsetzung der lange schon auf dem Tisch liegenden Maßnahmen der sogenannten ‚Borchert-Kommission‘, in der Politik und Landwirtschaft gemeinsame Reformschritte diskutiert haben. Die dort vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen geben der Landwirtschaft eine Perspektive. Wir beziehen die Thüringer Akteure bei der Erarbeitung der Umsetzungsmaßnahmen ein, und setzen uns für eine verlässliche Finanzierung ein. Die Förderung soll unter anderem über die ILU-Richtlinie, aber auch die „ThürTierwohl“-Richtlinie, welche wir 2023 erneut stärken und mit Gesamtfördersumme über 30 Millionen Euro bis 2027 sichern konnten, geschehen.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist keine abschließende Positionierung zur Zukunft der ökologischen Schweinehaltung im Falle von ASP-Vorfällen möglich



Themenfeld: Nachhaltige Transformation der Gemeinschaftsgastronomie

In Thüringen ist die Ernährungswirtschaft mit ca. 24.300 Beschäftigten in ungefähr 450 Unternehmen⁶ ein wichtiger Wirtschaftszweig, der nicht nur ein zentraler Hebel für die Ankurbelung des regionalen Bioabsatzes, sondern auch ein wichtiges Betätigungsfeld ist, um die Menschen in Thüringen mit gesunden und hochwertigen Lebensmitteln zu versorgen. Im *Positionspapier zur Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus in Thüringen* ist sich zum Ziel gesetzt worden, den Anteil regionaler Öko-Lebensmittel in der Außer-Haus-Versorgung und der Gemeinschaftsverpflegung zu erhöhen, um die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft zu stärken. Es soll sich in Zukunft in Thüringen nach dem Vorbild des Copenhagen House of Food und der Berliner Kantine Zukunft orientiert werden, um Bio in der Gastronomie und Außer-Haus-Versorgung voran zu bringen.

Frage 19: Welche konkreten Maßnahmen und in welchem monetären Umfang planen Sie die Umsetzung des gesetzten Zieles?

SPD

Die SPD Thüringen plant konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der nachhaltigen Transformation der Gemeinschaftsgastronomie. Dazu gehört die Förderung von regionalen Wirtschaftskreisläufen und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Umsetzung von nachhaltigen Verpflegungskonzepten in öffentlichen Einrichtungen. Der genaue monetäre Umfang wird in Abhängigkeit von den verfügbaren Haushaltsmitteln und den spezifischen Projekten festgelegt.

Grüne

Wir stehen klar hinter der Zielsetzung, den Anteil regionaler Öko-Lebensmittel in der Außer-Haus-Verpflegung und in den Gemeinschaftsverpflegungen zu erhöhen. Großküchen wollen wir gezielt bei der schrittweisen Umstellung auf Biolebensmittel und bei der Veränderung der entsprechenden Verarbeitungsprozesse unterstützen sowie eine Koordinationsstelle nach Vorbild Berlins schaffen.

Wir planen eine Studie zur Außer-Haus-Verpflegung in Auftrag zu geben. Zudem gibt es hier eine Bund-Länder-Bio-Strategie, die die Thematik aufgreift. Der monetäre Umfang muss in der Studie ermittelt werden.

⁶ <https://www.invest-in-thuringia.de/branchen/lebensmittelindustrie/>



Laut Positionspapier sollen die Kantinen der Landesverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und der Anteil ökologisch erzeugter Zutaten soll bis zum Jahr 2030 eingeführt und schrittweise gesteigert werden. In unserer Stellungnahme forderten wir konkrete Zielzahlen, in Höhe von mindestens 20 % ökologischen (saisonalen) Lebensmitteln in Bezug auf den Wareneinsatz (vgl. ZÖL)⁷. Noch wurde dieses Vorhaben nicht im Ansatz umgesetzt.

Frage 20: In welcher Form unterstützen Sie den Ausbau von (regionaler) Bio-Verpflegung im Bereich der Außer-Haus-Versorgung und Tagungsversorgung, insbesondere in den landeseigenen Kantinen /Standorten?

SPD

Die SPD Thüringen wird den Ausbau der regionalen Bio-Verpflegung in der Außer-Haus-Versorgung und Tagungsversorgung aktiv unterstützen. Dies umfasst die Förderung von regionalen Lieferketten und die Implementierung nachhaltiger Verpflegungskonzepte in landeseigenen Kantinen und Standorten. Ziel ist es, die Verfügbarkeit von regionalen und biologischen Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen zu erhöhen.

Grüne

Siehe Frage 22

Frage 21: Werden Sie sich für einen Bio-Mindestanteil in öffentlichen Kantinen des Freistaates Thüringen einsetzen?

SPD

Ja, die SPD Thüringen wird sich für die Einführung eines Bio-Mindestanteils in öffentlichen Kantinen einsetzen. Wir möchten sicherstellen, dass ein signifikanter Anteil der angebotenen Lebensmittel aus biologischem Anbau stammt, um sowohl die Gesundheit der Verbraucher als auch die Umwelt zu schützen.

Grüne

Siehe Frage 22

Frage 22: Welche Maßnahmen werden Sie vorschlagen?

SPD

Wir schlagen verschiedene Maßnahmen vor, darunter die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Unterstützung von Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen sowie die Einführung von verpflichtenden Standards für die Bio-Verpflegung in öffentlichen Einrichtungen. Weiterhin setzen wir uns für die Schaffung von Anreizen für landwirtschaftliche Betriebe ein, die auf ökologische Produktion umstellen möchten.

⁷ https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/oekologischer-landbau/bio-strategie-2030.html?gad_source=1



Grüne

Unserer Meinung nach sollte die öffentliche Hand mit gutem Beispiel voran gehen: Daher stehen wir hinter einer Quote für regionale und Biolebensmittel in Mensen, Kantinen, Schulen und Kindergärten und Co. Außerdem wollen wir einen Aktionsplan zur Erhöhung des Bio-Anteils in der Außerhaus- und Gemeinschaftsverpflegung aufsetzen. Das ist ein wichtiger Schritt zum Ausbau des Bio-Anteils in der Landwirtschaft durch feste Abnahmestrukturen.

Frage 23: Wie stehen Sie zu der von der Branche geforderten Schaffung einer zentralen, umfassend aufgestellten staatlichen Anlauf- und Beratungsstelle für die Außer-Haus-Versorgung inkl. Bio, gerne auch gemeinsam mit den Vernetzungsstellen Kitaverpflegung, Schulverpflegung und Seniorenverpflegung Thüringen?

SPD

Die SPD Thüringen unterstützt die Schaffung einer zentralen, umfassend aufgestellten staatlichen Anlauf- und Beratungsstelle für die Außer-Haus-Versorgung. Diese Stelle soll die Koordination und Beratung in den Bereichen Kitaverpflegung, Schulverpflegung und Seniorenverpflegung übernehmen und dabei helfen, die Bio-Verpflegung auszubauen und zu optimieren.

Grüne

Hier brauche ich eine Einschätzung. Wir befürworten die Schaffung einer zentralen Beratungsstelle. Denn eine Betriebsumstellung ist meistens mit vielen Fragen oder Sorgen verbunden und braucht entsprechende Beratung und Begleitung. Das Bundeslandwirtschaftsministerium fördert bereits die Beratung von Unternehmen, die sich für mehr Bio in ihren Kantinen entschieden haben bzw. dieses umsetzen wollen. Das Thüringer Ökoherz tut in diesem Bereich bereits sehr viel und sollte hier mit seinem Know-How eingebunden werden.

Frage 24: Wie stehen Sie zur Wiedereinführung eines Thüringer Qualitätssiegels, um zukünftig auch Regionalität und perspektivisch Bio-Regionalität im Bereich der Außer-Haus-Versorgung ausschreiben zu können?

SPD

Die SPD Thüringen befürwortet die Wiedereinführung eines Thüringer Qualitätssiegels. Ein solches Siegel würde es ermöglichen, die Regionalität und Bio-Regionalität im Bereich der Außer-Haus-Versorgung hervorzuheben und zu fördern. Es würde den Verbrauchern helfen, qualitativ hochwertige und regional produzierte Lebensmittel leichter zu erkennen und zu wählen.

Grüne

Wir stehen hinter der Einführung eines Thüringer Qualitätssiegels. Wichtig ist dabei jedoch, die Kriterien auch so aufzustellen, dass sie realistisch zu erfüllen sind und mit entsprechendem Regionalmarketing begleitet werden.



Thüringer
ökoherz

Dachverband und Förderverein für Ökolandbau Thüringen

Zum Themenkomplex zusammengefasste Antworten:

CDU

Wir stehen für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft vor Ort, die in unserer Heimat für gute, sichere und nachhaltig hergestellte Lebensmittel sorgt. Die heimische Landwirtschaft mit ihren regionalen Produkten ist der Motor des ländlichen Raums. Sie nutzt die Hälfte der Landesfläche und ist für die Ernährung, den Klimaschutz und die Artenvielfalt gleichermaßen wichtig. Sowohl konventionelle als auch ökologische Landwirtschaft haben in Thüringen dabei ihre Bedeutung und erhalten von uns gleichermaßen Unterstützung. Besonderen Wert legen wir auf die Regionalität in der „Kantinenversorgung“. Dabei müssen die Landesverwaltung sowie Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Krankenhäuser und Seniorenheime mit gutem Beispiel vorangehen, die Verwendung regionaler Produkte und bestenfalls in Kombination von Regional und Bio zu steigern. Die Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung heimischer Öko-Lebensmittel hängen entscheidend von der Nachfrage durch den Verbraucher ab. Deswegen sind Marketingmaßnahmen und Imagekampagnen, Verbraucheraufklärung, Bildung und Beratung geeignet, die Verwendung von Öko-Produkte zu befördern.

AFD

Die Verpflegung mit Produkten des ökologischen Landbaus in Verwaltungen, Kantinen, Schulen, Seniorenheimen et cetera unterstützen wir. Bei der Frage der Schaffung einer zentralen Beratungsstelle wäre zu prüfen, ob diese Aufgabe, die ja der Vermarktung entspricht, von den regionalen Wertschöpfungskettenmanagern auch erledigt werden kann. Eine Mindestquote in den Einrichtungen wie Kantinen wollen wir dabei aber nicht vorgeben. Das Interesse von Kindertageseinrichtungen, Schulen und Seniorenzentren schätzen wir dabei als hoch ein. Der Wiedereinführung eines Thüringer Qualitätssiegel stehen wir offen gegenüber.

Die Linke

Statt langer Lieferwege soll frisches und regionales Obst, Gemüse, Fleisch und Fisch auf den Tisch unserer Schulkinder, auf unseren eigenen Herd, in Kantinen, Mensen und Cafeterien gelangen. In diesem Sinne werden wir kommunale Einrichtungen und Landeseinrichtungen unterstützen, dauerhaft regionale Produkte zu nutzen.

Wir setzen uns für die verstärkte Verwendung regionaler Bio-Produkte ein. Die vorhandenen Ausbaupotentiale werden wir insbesondere in Großküchen und Kantinen von Landeseinrichtungen nutzen, um das Angebot an Bio-Lebensmitteln in der Außer-Hausverpflegung zu erweitern. Zu konkreten Mindestmengen, Unterstützungsmöglichkeiten für Erzeuger:innen und Verantwortliche in Großküchen verständigen wir uns gerne in der nächsten Legislaturperiode mit Ihnen.



Themenfeld: Agrarstrukturgesetz, BVVG-Flächen, Zugang zu Land

Auch wenn der Prozess im Laufe dieser Legislaturperiode angestoßen wurde und Teil des aktuellen Koalitionsvertrages ist, konnte sich nicht auf die Verabschiedung dieses Gesetzes geeinigt werden. Die Herausforderungen für Bäuerinnen und Bauern werden damit nicht kleiner. Nach wie vor gibt es das Phänomen des Landerwerbs durch außerlandwirtschaftliche Investoren, ungesunde Flächenkonzentrationen in der Hand weniger sowie in der Folge steigende Pacht- und Bodenpreise, die durch die landwirtschaftliche Urproduktion kaum zu erwirtschaften sind.

Agrarstrukturgesetz

Frage 25: Werden Sie sich für ein Agrarstrukturgesetz im Laufe der nächsten Legislatur einsetzen und dieses im Koalitionsvertrag verankern?

SPD

Ja, die SPD Thüringen wird sich für ein Agrarstrukturgesetz einsetzen und dieses im Koalitionsvertrag verankern. Ein solches Gesetz ist notwendig, um den Ausverkauf landwirtschaftlicher Flächen zu verhindern und die Agrarstruktur im Sinne der landwirtschaftlichen Produktion zu schützen.

Grüne

Ja. Wir wollen ein Agrarstrukturgesetz auf den Weg bringen, um Thüringer Landwirtschaftsflächen vor dem Ausverkauf zu schützen.

Frage 26: Welche strategischen Stellschrauben können Sie benennen, um dem weiteren Ausverkauf der landwirtschaftlichen Flächen Thüringens Einhalt zu gebieten?

SPD

Um den Ausverkauf landwirtschaftlicher Flächen zu verhindern, setzt die SPD Thüringen auf mehrere strategische Maßnahmen:

- Einführung eines Vorkaufsrechts für die öffentliche Hand.
- Förderung von gemeinschaftlich genutzten Verarbeitungs-, Lager-, Vertriebs- und Entsorgungsinfrastrukturen.
- Verstärkung der Kompensation von Flächen im gesamten Freistaat, um Netto-Null-Bodenversiegelung zu erreichen.
- Nutzung von Brach- und Altlastflächen anstelle von neuen Gewerbe- und Wohnbaugebieten

Grüne

Wir wollen Landwirt*innen gezielt dabei unterstützen, Nachfolger*innen für ihre Höfe zu finden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Hofnachfolge besser gefördert und der Einstieg erleichtert wird, zum Beispiel durch einen besseren Zugang zu Land, Beratung und gezielte finanzielle Förderung.

Der „Ausverkauf“ kann nur durch ein modernes Agrarstrukturgesetz gestoppt werden. Die Übernahme von landwirtschaftlichen Betrieben ist für einzelne Landwirt*innen kaum realisierbar. Hier ist zu viel Geld in Boden gebunden, sodass oftmals 2-stellige Millionenbeträge für die Übernahme verlangt werden. Ebenfalls sollte der Freistaat über ein Bürgschaftsprogramm für Betriebsnachfolger*innen nachdenken, um die hohen finanziellen Belastungen abzufedern. Außerdem sollten landwirtschaftliche Flächen vor Umwidmung

geschützt und keine neuen Gewerbe- oder Wohngebiete auf landwirtschaftlichen Flächen errichtet werden.

Frage 27: Werden Sie den schon vorliegenden erarbeiteten Entwurf des Agrarstrukturgesetzes nutzen, um gemeinsam daran weiterzuarbeiten?

SPD

Ja, die SPD Thüringen wird den vorliegenden Entwurf des Agrarstrukturgesetzes nutzen und gemeinsam mit den relevanten Akteuren daran weiterarbeiten, um eine umfassende und wirksame Gesetzgebung zu erreichen.

Grüne

Aus den Debatten um den aktuellen Entwurf des Agrarstrukturgesetzes haben wir wichtige Erkenntnisse gewonnen und wollen diese in der nächsten Legislatur in einen neuen Entwurf einfließen lassen. Ob dies auf Grundlage des vorliegenden Entwurfs möglich ist oder besser von vorn begonnen werden sollte, ist fraglich. Denn der aktuelle Entwurf hatte aus unserer Sicht große Fehler und bedarf einer grundsätzlichen Überarbeitung. Möglicherweise sollte zunächst über eine Kauf- und Pachtpreisbremse nachgedacht und in einem weiteren Schritt das Gesetz um die Regelung der Anteilskäufe ergänzt werden.

Frage 28: Wenn Sie das Agrarstrukturgesetz nicht als Mittel gegen Bodenspekulation einsetzen wollen, wie wollen Sie dann dem Ausverkauf der landwirtschaftlichen Flächen Einhalt gebieten?

SPD

Die SPD Thüringen sieht das Agrarstrukturgesetz als ein wesentliches Mittel gegen Bodenspekulation. Zusätzlich setzen wir uns für die Einführung eines Bodenfonds ein, um Flächen im öffentlichen Eigentum zu sichern und langfristig für die landwirtschaftliche Nutzung bereitzustellen. Dies soll auch durch ein transparentes Immobilienregister unterstützt werden.

Grüne

Wir stehen hinter einem Agrarstrukturgesetz.

Frage 29: Wie werden Sie den Flächenfraß eindämmen – durch Nutzung stillgelegter/außer Betrieb genommener Industrieanlagen anstatt Ausweisen immer neuer Gewerbe- und Wohnbaugebiete?

SPD

Die SPD Thüringen plant, den Flächenfraß durch die Nutzung von stillgelegten oder außer Betrieb genommenen Industrieanlagen zu reduzieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Nutzung bestehender Flächen Vorrang vor der Ausweisung neuer Gewerbe- und Wohnbaugebiete hat. Hierzu gehören auch die Sanierung und Umnutzung von Altlastflächen.



Grüne

Unsere Flächen sind endlich. Uns ist es daher wichtig, dass landwirtschaftliche Flächen klug und nachhaltig genutzt werden. Wir bekennen uns klar zum Null-Hektar-Ziel: Damit soll der Nettoflächenverbrauch in Thüringen perspektivisch auf 0 ha eingedämmt werden. Der Fokus wird dadurch auf Entsiegelung statt Neuversiegelung gelegt. Denn wir sind der Meinung, dass immer zunächst bereits bebaute ungenutzte Flächen genutzt werden müssen, statt immer neue Gebiete „auf der grünen Wiese“ auszuweisen. Siehe auch unsere Antwort auf Frage 26).

Zum Themenkomplex zusammengefasste Antworten:

CDU

Aktivitäten nicht-landwirtschaftlicher Akteure auf dem Bodenmarkt und die in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Pacht- und Bodenpreise betrachten wir mit Sorge. Änderungen von bodenrechtlichen Vorgaben werden wir daran messen, ob sie dem Ziel einer ausgewogenen Agrarstruktur und der Abwehr außerlandwirtschaftlicher Investitionen und Spekulationen dienen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung entsprach diesem Anspruch nicht. Aufgrund der Komplexität der Regelungsmaterie und der kritischen Stellungnahmen der Anzuhörenden bis hin zu erheblichen verfassungsmäßigen Bedenken hat der Ausschuss von einer Beschlussfassung abgesehen.

Flächenfraß: Wir wollen den Flächenverbrauch senken, indem wir konsequent die Mehrfachnutzung bereits versiegelter Flächen und die Wiedernutzung von Brachen befördern. Beim staatlichen Neubau von Parkplätzen wollen wir die Einrichtung von Anlagen zur Energiegewinnung verpflichtend machen. Auch andere versiegelte Flächen, wie Industriebrachen und Deponien, werden wir für die Energieerzeugung aktivieren.

AFD

Der entsprechende Gesetzentwurf für ein Agrarstrukturgesetz wurde im zuständigen Ausschuss nicht abgeschlossen. Ursächlich dafür sehen wir handwerkliche Mängel, einen befürchteten bürokratischen Mehraufwand und Zweifel an der Effektivität des Gesetzentwurfes. Grundsätzlich sehen wir bei der Verhinderung des Landverkaufes an branchenfremde Investoren Handlungsbedarf, der Gesetzentwurf wurde jedoch zum großen Teil von den Anzuhörenden als untauglich bewertet. Wir sind der Auffassung, dass die benannten Grenzen für anzeige- und genehmigungspflichtige Verkäufe in der Praxis den Ausverkauf nicht gestoppt hätten. Daher werden wir diesen Entwurf nicht weiterverfolgen. Ein Instrument gegen den Ausverkauf ist für uns das Vorkaufsrecht. Eine andere Stellschraube ist die Förderung der Hofübernahme und von Junglandwirten. Ein weiteres Mittel ist die Reduzierung des Bodenverbrauches bzw. der Flächenversiegelung, was für uns heißt, dass erneuerbare Energien (wie Windenergie) nicht auf Agrarflächen gebaut werden dürfen, aber auch Wirtschaftsansiedlungen sollten nicht durch Zutun des Landes in Form der Landesentwicklungsgesellschaft auf Ackerland geschehen (wie etwa in Süd- oder Mittelthüringen in jüngster Zeit passiert).



Die Linke

Auch in der Landwirtschaftspolitik ist ein Umdenken notwendig, um Boden zu schützen, die regionale Versorgung mit Nahrungsmitteln zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern, anstatt Agrarflächen zum Spekulations- und Renditeobjekt zu machen. Erforderlich sind schützende Eingriffe durch ein Agrarstrukturgesetz und eine Weiterentwicklung der Förderpolitik. Mit unserem Gesetzesentwurf haben wir einen wichtigen Grundstein gelegt, auf dessen Basis wir in der nächsten Legislatur aufbauen werden.

Wir stehen gegen Bodenspekulation und Landgrabbing, die zunehmend auch in Thüringen auftreten. Ackerland gehört in die Hände von verschiedenen Landwirt:innen, der Zugriff außerlandwirtschaftlicher Investoren und die zunehmende Konzentration der Flächen auf wenige Eigentümer:innen müssen gestoppt werden. Wir wollen deshalb das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken, gesetzliche Hürden (etwa im Steuerrecht) überwinden und Preise deckeln und so denen Zugang zu Grund und Boden schaffen, die ihn auch bearbeiten.

Im Rahmen der Arbeit am Agrarstrukturgesetz konnten in der 7. Legislaturperiode in Anhörungen oder bei Verbandsgesprächen zahlreiche Erkenntnisse über die Bedarfe und Erwartungen der Landwirtinnen und Landwirte in Thüringen gewonnen werden. Diese werden in die nächste Legislatur mitgenommen und bilden einen Startpunkt für weitere Gespräche, in die wir Sie gerne einbinden möchten.

Zum Schutz der wertvollen Thüringer Böden wollen wir weiter den Flächenverbrauch reduzieren. Landwirtschaftliche Fläche ist im Vergleich zu Siedlungs- und Industrieflächen besonders stark von der Flächenkonkurrenz betroffen, da der Verlust häufig hochwertige Böden, die zum Ackerbau benötigt werden, betrifft. Wir wollen daher, dass bei notwendigen Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichsmaßnahmen, wie die Entsiegelung von Flächen, vor Ausgleichszahlungen in Betracht gezogen werden. Handlungsleitend ist dabei die Netto-Null-Flächenversiegelung, da nur so ausreichend Boden für künftige Generationen und den natürlichen Klimaschutz erhalten werden kann. Da weniger Flächen neu versiegelt werden sollen, setzen wir außerdem auf die Revitalisierung von Brachflächen, die bereits heute durch das Land gefördert wird, und die Wiedernutzung von Gebäudeleerstand.



Zuschlagskriterien für die Verpachtung von BVVG-Flächen

Die aktuell abgestimmten nachhaltigen Zuschlagskriterien für die Vergabe von BVVG-Flächen benachteiligen umgestellte Ökobetriebe. Denn im Gegensatz zu konventionellen Betrieben sollen sie keine zusätzlichen Punkte für die höchste Stufe der Tierhaltung (Haltungsform "Bio") sammeln können. Zudem werden nur ausgewählte Verbands- und Nachhaltigkeitszertifizierungen anerkannt, eine Honorierung besonders nachhaltiger Zertifizierungen gemäß Öko-Verbandsrichtlinien, oder die Anerkennung der Öko-Zertifizierung als Nachhaltigkeitszertifikat, fehlt.

Frage 30: Wie wollen Sie die Gemeinwohlleistungen von Öko-Betrieben bei den Zuschlagskriterien berücksichtigen und die Ungleichberechtigung von Öko-Betrieben aufheben?

SPD

Die SPD Thüringen wird die Gemeinwohlleistungen von Öko-Betrieben bei den Zuschlagskriterien für die Verpachtung von BVVG-Flächen berücksichtigen. Ziel ist es, die ökologisch wirtschaftenden Betriebe aufgrund ihrer gesellschaftlichen Mehrleistungen bevorzugt zu behandeln und so die Ungleichberechtigung zu beseitigen.

Grüne

Kleinere und auch Öko-Betriebe, werden oft in ihrer Arbeit und Wirtschaftlichkeit unterschätzt und als Liebhaberei abgetan. Wir machen uns dafür stark, dass auch diese als vollwertige Betriebe anerkannt werden. Den Verkauf oder die Verpachtung von Flächen an Maßstäben der Betriebsgröße festzumachen, lehnen wir z.B. ab. Hierfür muss auf Behörden und Ämtern weiter sensibilisiert werden.

Frage 31: Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Öko-Landwirte aufgrund ihrer gesellschaftlichen Mehrleistungen bevorzugten Zugang zu Land erhalten?

SPD

Die SPD Thüringen wird sicherstellen, dass Öko-Landwirt*innen aufgrund ihrer gesellschaftlichen Mehrleistungen bevorzugten Zugang zu Land erhalten, indem wir spezifische Zuschlagskriterien für die Vergabe von Pachtflächen entwickeln. Dies umfasst die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Leistungen, um die Nachhaltigkeit und den Beitrag zum Gemeinwohl zu honorieren.

Grüne

Bei Pacht Ausschreibungen werden Öko-Betriebe bereits besonders berücksichtigt (siehe Punktvergabe bei Kirche, Landgesellschaft, BVVG). Dies sollte beibehalten bzw. vermehrt eingeführt werden. Landwirtschaftliche Flächen wollen wir vorrangig an landwirtschaftliche Betriebe vergeben, die gemeinwohlorientiert arbeiten. Auch die Kommunen wollen wir auf dem Prozess begleiten, eine gemeinwohlorientierte Vergabep Praxis mit Punktesystem einzuführen.



Zum Themenkomplex zusammengefasste Antworten:

CDU

Der Zugang zu den Flächen soll grundsätzlich und weiterhin allen Betriebsformen offenstehen. Eine Benachteiligung der Ökobranche sehen wir nicht.

AFD

Die Zuschlagskriterien für die Verpachtung von BVVG-Flächen sind unserer Ansicht ungerecht, nicht nur dadurch, dass ein Verkauf nicht vorgesehen ist, obwohl das zuständige Landesministerium im parlamentarischen Verlauf der Diskussion einen solchen Verkauf als möglich beschrieben hat, sondern auch durch ein nicht rational erscheinendes Punktesystem.

Die Linke

Die Thüringer Linke steht an der Seite der Landwirt:innen, sowohl der Öko-Betriebe wie auch der konventionell Wirtschaftenden, und setzt sich für deren Bestand und gute wirtschaftliche Entwicklung ein. Bodeneigentum in öffentlicher Hand ist eine wichtige Voraussetzung, um im Sinne öffentlicher Interessen, etwa hinsichtlich der Agrarstruktur oder Umwelt, agieren zu können.

Als Entscheidungsgrundlage für Grundstücksverkehrsgenehmigungen und weitere agrarpolitische Entscheidungen muss eine volle Transparenz beim landwirtschaftlichen Grundbesitz und insbesondere bezüglich der Eigentümerstrukturen von Agrarunternehmen gewährleistet werden. Dennoch sind wir gerne bereit mit Ihnen zu den konkreten Zuschlagskriterien in den Dialog zu treten.



Dachverband und Förderverein für Ökolandbau Thüringen

Themenfeld: Bürokratieabbau

Ökologisch wirtschaftende Betriebe unterwerfen sich mit der EU-Öko-Verordnung bereits einem staatlich akkreditierten Prüfsystem für umwelt- und Klimaschutzfreundliche Leistungen. Daher wurden sie in der vorherigen GAP-Periode aufgrund dieser Leistungserbringung von einer wiederholten Kontrolle bei den Greening-Verpflichtungen befreit (Stichwort "green-by-definition"). In der aktuellen GAP hingegen sind Öko-Betriebe von den neuen Umweltauflagen (bei GLÖZ4-6⁸) nicht ausgenommen. Sie behindern im Ökolandbau wichtige Bodenbearbeitungsmaßnahmen gegen die Unkrautunterdrückung und den Bodenschutz (insb. GLÖZ 5 und 6) und laufen damit den gewünschten Zielen der Konditionalität sogar entgegen.

Frage 32: Was halten Sie von dem Konzept „Green by concept“⁹?

SPD
Keine Antwort
Grüne
Dem Konzept „Green by concept“ stehen wir positiv gegenüber.

Frage 33: Wie stehen Sie zu der möglichen Entbürokratisierung von gesamt umgestellten Öko-Betrieben, indem sie von denjenigen Umwelt-Verpflichtungen (GLÖZ-Standards 4-6) befreit werden, deren Umweltwirkung sie übertreffen?

SPD
Keine Antwort
Grüne
Einige Verpflichtungen werden ohnehin von Bio-Betrieben eingehalten und werden jährlich von den Kontrollstellen geprüft, sodass eine Befreiung diskutiert werden kann. Denn wir müssen dringend unnötige Bürokratie abbauen. Allerdings ist das EU-Recht und es wird sicherlich schwer eine Befreiung umzusetzen.

⁸ Standard für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand von Flächen
 GLÖZ 4: Schaffung von Pufferstreifen entlang von Wasserkreisläufen;
 GLÖZ 5: Bodenbearbeitung zur Begrenzung von Erosion;
 GLÖZ 6 Mindestanforderungen an die Bodenbedeckung (Erosion)

⁹ "Green by concept": Landwirtschaftliche Betriebe, die sich freiwillig als gesamter Betrieb einem höheren EU-weit geregelten Umweltstandard wie der EU-Bio Verordnung 2018/848 unterwerfen und staatlich kontrollieren lassen, erfüllen – bis auf GLÖZ 1, GLÖZ 2, GLÖZ 3 und GLÖZ 9 – die beabsichtigten Wirkungen systembedingt und werden automatisch anerkannt (wie bereits bei GLÖZ 7). Dabei werden Kontrollpflichten automatisch über die EU Bio Kontrolle erfüllt. Mit diesem Ansatz („green by concept“) würde die Vereinbarkeit von Umweltzielen, Bürokratie-Abbau und Ökolandbau-Ausbauzielen gestärkt

Frage 34: Insbesondere Öko-Betriebe sind von Doppel- oder sogar Mehrfach-Kontrollen derselben Bereiche und Daten betroffen. Ein Beispiel hierfür sind Tierwohlkontrollen durch die Öko-Kontrollstellen sowie im Rahmen hoheitlicher Aufgaben durch das Amt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass geeignete hoheitliche Aufgaben an die ohnehin öffentlich akkreditierten Öko-Kontrollstellen delegiert werden können und somit die Kontrolldichte halbiert werden kann?

SPD

Keine Antwort

Grüne

Auch Doppel- oder Mehrfach-Kontrollen gehören zu bürokratischen Problemen, die wir abbauen wollen. Eine Übertragung von hoheitlichen Aufgaben sehen wir aber kritisch.

Frage 35: Stoffstrombilanz: Bio-Betriebe arbeiten mit möglichst geschlossenen Nährstoffkreisläufen und werden daher in Trinkwasserschutzgebieten von Kommunen sogar aktiv gefördert. Die geplante Erneuerung der Stoffstrombilanz sieht jedoch keine Unterscheidung von Low-Input- und High-Input Betrieben in der Bürokratie vor. Besonders betroffen von einer komplexen Dokumentation sind laut Experten-Gutachten vielfältige Gemüsebaubetriebe mit ihren kleinteiligen Produktionsflächen und vielfältigen Kulturen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Bio-Betriebe grundsätzlich von der Verpflichtung zur gesamtbetrieblichen Stickstoffbilanzierung ausgenommen werden?

SPD

Keine Antwort

Grüne

Es ist schwierig eine Linie zwischen Betrieben zu ziehen, die die N-Bilanzierung machen müssen und denen, die sie nicht machen müssen. Grundsätzlich benötigen landwirtschaftlich genutzte Böden Nährstoffe, die jeder Betrieb bilanzieren sollte. Eventuell kann über eine weniger detaillierte Bilanzierung für Öko-Betriebe nachgedacht werden, sofern es zu keinen größeren Stickstoffeinträgen kommt, da sie in der Regel ressourcenschonender arbeiten.

Zum Themenkomplex zusammengefasste Antworten:

CDU

Wir setzen uns für den Abbau unnötiger Bürokratie und überzogener Vorschriften ein. Das gilt insbesondere bei neuen Regeln zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, bei der Stoffstrombilanz oder bei Flächenstilllegungen.

Auch das Themenfeld Bürokratie trifft gleichermaßen Bio- wie konventionelle Betriebe. Ein massiver Abbau der Lasten ist unbedingt erforderlich. Das betrifft alle Ebenen, von der europäischen über den Bund bis hin zum Land.



Den begonnenen Prozess zum Bürokratieabbau auf Bundesebene unterstützen wir ebenso wie die dazu auf Landesebene gegründeten Arbeitsgruppen, die sich mit den Themen Agrarzahungen, nichtflächenbezogene Projektförderung und Tierhaltung beschäftigen.

AFD

Beim Thema Bürokratie befürworten wir auch für konventionelle Betriebe einen Bürokratieabbau. Dies wollen wir mit einem Beispiel begründen. Emissionsrichtwerte führen in der Praxis dazu, dass Tiere nicht im Freien gehalten werden, sondern ausschließlich im Stall mittels Lüftungsanlage. Dies erscheint uns im Kontext des gewollten Tierwohls als widersinnig. Was ökologische Betriebe betrifft, halten wir die Stoffstrombilanz grundsätzlich für unrealistisch und zu arbeitsaufwendig, weswegen wir ihre Streichung befürworten. Auch die Verringerung der Kontrolldichte durch eine zentrale Aufgabenübernahme befürworten wir.

Die Linke

Die Bauernproteste im Frühjahr 2024 haben verdeutlicht, wie stark Landwirt:innen vom bürokratischen Aufwand, der mit ihrer Arbeit einhergeht, betroffen sind. Der gesellschaftliche Druck zum Umbau der Landwirtschaft steigt, jedoch werden Bäuerinnen und Bauern lediglich mit zunehmendem bürokratischem Aufwand, ordnungsrechtlichen Auflagen und erhöhten Kosten konfrontiert – ohne eine angemessene Entschädigung. Die Linke will den Aufwand reduzieren und so sowohl die konventionell als auch die ökologisch wirtschaftenden Betriebe unterstützen. Das Konzept „Green by concept“ bietet hierbei eine Möglichkeit, den Kontrollaufwand abzumindern. Die Landesregierung hat sich gegen die Stoffstrombilanz ausgesprochen und wird sich weiter aktiv für deren Abschaffung einsetzen da die EU-Vorgaben die gewünschte ressourcenschonende Düngung bereits ausreichend regeln. Wie weitere Entlastungen aussehen können, etwa im Bereich der Tierwohlkontrollen, thematisieren wir gerne im gemeinsamen Austausch in der nächsten Legislatur.

Themenfeld: neue Gentechniken

Mit dem Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zu Neuen Gentechniken (NGT) soll es möglich sein, alle mit Hilfe von NGT hergestellten Pflanzen und deren Merkmale über das EU-Patentrecht patentieren zu lassen. Damit verlieren Landwirte und Züchter Zugang zu Saatgut und genetischer Vielfalt sämtlicher Pflanzen und werden in die Abhängigkeit von Patentinhaber*innen geführt. Die bisher völlig ungeklärte Patentfrage gilt somit als größtes Risiko für Erzeuger und Pflanzenzüchter.

Frage 36: Wie will der Freistaat als Landesbehörde die Freiheiten zwischen Gentechnik-Erzeugnissen und GVO-frei sicherstellen?

SPD

Keine Antwort

Grüne

Der Standpunkt unserer Partei ist hier klar: Für uns muss Landwirtschaft gentechnikfrei funktionieren. Eine entsprechende Kennzeichnung in den Supermärkten gibt es bereits und der Anbau von GVO-Pflanzen ist hier aktuell ohnehin verboten. Wir lehnen Feldversuche oder Freiland-Anbau sowohl alter als auch neuer GVO-Züchtungen ab. Sie gefährden alte Züchtungen, die Ökologie und nicht zuletzt den gesamten Ökolandbau. Ein Verbot muss auch zukünftig durch alle politischen Instanzen aufrecht gehalten werden.

Frage 37: Werden Sie sich für eine abschließende Klärung der Patentfrage einsetzen, bevor über eine Zulassung weiterverhandelt wird?

SPD

Keine Antwort

Grüne

Patente auf Saatgut lehnen wir ab, denn sie erwirken auch juristische Maßnahmen gegen umliegende Bauern und Bäuerinnen, welche durch Kreuzungen, Anteile von patentiertem GVO-Saatgut aufgenommen haben könnten. Die Abhängigkeit von Landwirt*innen von einzelnen Saatgutunternehmen lehnen wir ebenso ab.

Frage 38: Der Gesetzesvorschlag der EU-Kommission teilt die „Neuen Gentechniken“ in zwei Kategorien ein. Im Ökolandbau ist der Einsatz von NGT-Pflanzen verboten. Schätzen Sie die theoretisch mögliche Koexistenz als plausibel ein, wenn für NGT1 Pflanzen keine Risikoprüfung und keine Kennzeichnungspflicht am Produkt mehr vorgesehen ist?

SPD

Keine Antwort

Grüne

Wir setzen uns für eine strenge Regulierung sowohl der alten als auch neuen Gentechnik ein. Hierzu zählt auch die Kennzeichnung von Produkten. Eine Koexistenz setzt ein



friedliches „Nebeneinander“ voraus. Dies ist jedoch nicht mit GVO und dem Ökolandbau möglich, da die Bestäubung der Pflanzen, GVO unweigerlich in die Bio-Produkte bringen würde.

Zum Themenkomplex zusammengefasste Antworten:

CDU

Die Vorschläge der KOM im Gentechnikrecht sehen wir kritisch, können sie gleichwohl nicht ohne die Durchdringung unterschiedlicher Positionen dazu bzw. ohne Abwägung der zu Grunde liegenden Interessen abschließend bewerten.

AFD

Beim Thema Gentechnik ist unsere Position, dass Produkte von gentechnisch veränderten Pflanzen ihre Ungefährlichkeit für den Menschen nachweisen müssen, nicht, dass nach Marktverbreitung die Gefährlichkeit bewiesen werden muss. Dazu bedarf es hoher Auflagen. Wenn diese Auflagen oder Kontrollen nicht mehr gegeben sind, ist der Nachweis der Ungefährlichkeit seitens des Herstellers obsolet, und das kann nicht Ziel der Politik sein. Eine „friedliche Koexistenz“ ist damit auch ausgeschlossen. Die kann es nur durch Beibehaltung der Standards für Pflanzen geben, die mit neuen Gentechniken gezüchtet wurden.

Die Linke

Die übergroße Mehrheit der Menschen möchte keine genveränderten Lebensmittel. Wir stehen für ein Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen und setzen uns für die Stärkung gentechnikfreier Regionen und Initiativen ein. Verunreinigungen mit nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen müssen verhindert werden, um Landwirtschaft und Imkerei zu schützen. Wir kritisieren daher die Aufweichungen der bisherigen Regelungen durch die EU-Kommission und die damit einhergehenden Risiken für Menschen und Umwelt.

Insbesondere die „Global player“ unter den Saatgutproduzent:innen profitieren von den Aufweichungen der Regularien und der daraus folgenden Monopolisierung. Patentgeschütztes genverändertes Saatgut wird zu horrenden Preisen verkauft und der jährliche Kauf verpflichtet, da eigene Nachzuchten nur bei Zahlung großer Geldsummen möglich sind. Wir möchten diese Abhängigkeitsverhältnisse nicht unterstützen und werden uns daher für die Klärung der Patentfrage einsetzen.

Eine Koexistenz von Produzenten mit und ohne Anwendung gentechnisch veränderter Organismen halten wir für ausgeschlossen. Auch Imker können indirekt betroffen sein, da in Gegenden, in denen Gentechnik genutzt wird, die Übertragung auf Bienen sehr wahrscheinlich ist.